



Protokoll

Gremium: Ausschuss für Mobilität
Sitzungstermin: Mittwoch, 04.02.2026
Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 19:54 Uhr
Raum, Ort: Ritterakademie, Am Graalwall 12, 21335 Lüneburg

Anwesenheitsliste

Vorsitz

Pia Redenius

Beschließende Mitglieder

Christian-Tobias Gerlach

Antje Henze

Vertretung für: Carmen Maria Bendorf

Ulrich Blanck

Keno Freund

Wolfgang Goralczyk

Vertretung für: Burghard Heerbeck

Andrea Kabasci

Jörg Kohlstedt

Dr. Corinna Maria Dartenne

Vertretung für: Martin Lühmann

Andrea Schröder-Ehlers

Vertretung für: Jens-Peter Schultz

Grundmandat

Dirk Neumann

Cornelius Grimm

Vertretung für: Frank Soldan

Beratende Mitglieder

Johannes Dau

Jonas Korn

Ulrich Mädge

Daniela Laudan

Vertretung für: Heide Schmidt

Cornelius Schnabel

Tobias Siewert

Sabine Borchers

Vertretung für: Uwe Wenk

Verwaltung

Markus Moßmann

Jürgen Kipke

Bastian Hagmaier

Lucas Friese

Dennis Lauterschlag

Jörg-Dieter Silex
Merve Künkenrenken

Gäste

Rainer Müller (Landkreis Lüneburg)
Mareike Harlfinger-Düpow (Landkreis Lüneburg)
Timo Kniestadt (MOIN Lüneburg)
Antonia Goldbeck (MOIN Lüneburg)

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Vorlage
1	Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit	
2	Feststellung der Tagesordnung	
3	Genehmigung des Protokolls vom 03.12.2025	
4	Genehmigung des Protokolls vom 05.11.2025	
5	Mitteilungen der Verwaltung im öffentlichen Teil	
6	Einwohnendenfragen	
7	Mündlicher Bericht des Landkreises Lüneburg und der MOIN GmbH nach Übernahme des Busverkehrs ab dem 01.01.2026	
8	Empfehlung des Maßnahmensteckbriefs S5 „Sichere Schulumfelder“ des Nachhaltigen Urbanen Mobilitätsplans (NUMP)	VO/11872/25-4
9	Empfehlungen des Maßnahmensteckbriefs S4 „50 Knotenpunkte & Querungen für Lüneburg“ des Nachhaltigen Urbanen Mobilitätsplans (NUMP)	VO/11872/25-3
10	Empfehlungen des Maßnahmensteckbriefs F1 „Netzkonzeption Fuß“ des Nachhaltigen Urbanen Mobilitätsplans (NUMP)	VO/11872/25-1
11	Empfehlungen des Maßnahmensteckbriefs M1 „Netzkonzeption Kfz“ des Nachhaltigen Urbanen Mobilitätsplans (NUMP)	VO/11872/25-2
12	Angepasster Planungsvorschlag: Umbau der Sternkreuzung	VO/11127/24-1
13	Radverkehrsstrategie 2035 - Fortschreibung der Radverkehrsstrategie 2025	BV/12148/25
14	Anträge und Anfragen	
14.1	Anfrage "Radverkehrsführung im außerörtlichen Teil der Hauptstraße Häcklingen" (Anfrage des ADFC vom 29.12.2025, eingegangen am 29.12.2025)	AF/12271/26
15	Mündliche Anfragen i.S.v. § 16 III GO des Rates zu wichtigen aktuellen Angelegenheiten	

Protokoll

Öffentlicher Teil

Zu TOP 1 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Vorsitzende Redenius begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Sie stellt Lucas Friese, neue stellvertretende Bereichsleitung des Bereichs Mobilität, vor.

Zu TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss:

Die Tagesordnung wird festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	10
Ablehnung:	0
Enthaltung:	0

Zu TOP 3 Genehmigung des Protokolls vom 03.12.2025

Beschluss:

Das Protokoll der Sitzung vom 03.12.2025 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	0
Enthaltung:	5

Zu TOP 4 Genehmigung des Protokolls vom 05.11.2025

Beschluss:

Das Protokoll der Sitzung vom 05.11.2025 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	0
Enthaltung:	5

Zu TOP 5 Mitteilungen der Verwaltung im öffentlichen Teil

Beratungsinhalt:

Erster Stadtrat Moßmann begrüßt die Anwesenden.

Er trägt zur Situation in der *Böcklerstraße* im Stadtteil Goseburg-Zeltberg vor. Dort werden in drei Bauabschnitten die Straßenoberflächen erneuert. Während eines Bauabschnittes werde eine Vollsperrung des Knotenarms *Bei der Pferdehütte* notwendig, so dass von der bzw. in die Hamburger Straße eingefahren werden kann. Herr Matz stehe hierzu bereits im engen Austausch mit den Gewerbetreibenden vor Ort und alle seien über die Straßensperrung informiert. Der Beginn der Maßnahme sei planmäßig für die 8. Kalenderwoche vorgesehen und stehe unter dem Vorbehalt der Wetterbedingungen.

Erster Stadtrat Moßmann trägt weiter über Baumaßnahmen der *Avacon Natur* zur Herstellung von Hausanschlüssen für Fernwärme in der Innenstadt vor, *Am Sande* im Bereich der *Rossmann-Filiale*, in der *Enge Straße* und *Schröderstraße*. Die Baumaßnahme in der *Schröderstraße* werde zu einer Sperrung für den motorisierten Verkehr führen. Über die Kopfen den könne der Lieferverkehr weiterhin gewährleistet werden. Hierzu sei die Stadt in enger Abstimmung mit der *Avacon*. Die *Avacon* informiere die Geschäftsinhaber über die Abläufe. Die Hansestadt Lüneburg werde ebenfalls über die Presse über die baulichen Abläufe informieren. Auch hier könne es aufgrund der Wetterbedingungen zu Verzögerungen kommen.

Herr Kipke, Leitung des Fachbereichs 3b – Klimaschutz, Nachhaltigkeit, Umwelt und Mobilität –, trägt anhand der Präsentation zur „Infoveranstaltung der DB zur Qualitätsoffensive 2026“ (siehe Folie 7) vor. Der Informationsstand sei gleichbleibend zu dem Stand vom Mobilitätsausschuss am 03.12.2025. Die Oberbürgermeisterin habe im Rahmen der Infoveranstaltung erneut darauf hingewiesen, dass die Hansestadt Lüneburg die Zeiten und Kapazitäten des geplanten Schienenersatzverkehrs (SEV) als nicht bedarfsgerecht ansehe. Weiter habe sie die Forderung einer schnellen Verbindung zwischen Lüneburg und Hannover sowie die Durchbindung Richtung Winsen bekräftigt.

Erster Stadtrat Moßmann ergänzt, dass eine Absprache zwischen der Hansestadt Lüneburg, dem Landkreis Lüneburg als Aufgabenträger und der Mobilitätsinfrastruktur und -betriebs GmbH (MOIN) bezüglich der Abwicklung des SEV am ZOB dringend notwendig sei. Die Situation vor Ort sei aufgrund der verschiedenen Baustellen verkehrlich kompliziert, sodass ein weiterer Verkehr mit bis zu sieben Bussen im SEV im Vorhinein abgestimmt werden müsse.

Herr Silex, Leitung des Bereiches 72 – Straßen- und Brückenbau, Geodaten –, trägt anhand der Präsentation zum „Sachstand der Sperrung Dahlenburger Landstraße“ (Folien 8 bis 10) sowie zum „Sachstand zum barrierefreien Ausbau der Haltestellen“ (Folie 11 bis 13) vor. Die Bushaltestelle Klosterkamp werde 2028 barrierefrei ausgebaut.

Herr Mädge, beratendes Mitglied auf Vorschlag des Seniorenbeirats, erklärt, dass ein barrierefreier Ausbau der Haltestelle nicht weiter aufgeschoben werden könne.

Herr Silex weist darauf hin, dass die Entscheidung, welche Haltestellen künftig bedient werden sollen, bei der MOIN liege. Bis Mai bzw. Juni 2026 müsse die Planung für das Jahr 2027 beim Fördermittelgeber, der Landesnahverkehrsgesellschaft Niedersachsen (LNVG), eingereicht werden. Daher stehe bereits fest, dass eine bauliche Umsetzung nicht vor dem Jahr 2028 stattfinden könne.

Herr Hagmaier, Leitung des Bereichs 35 – Mobilität –, verweist auf die Veröffentlichung des Evaluationsberichtes des Nachhaltigen Urbanen Mobilitätsplan (NUMP). Dieser stehe zum Download auf der Website der Hansestadt Lüneburg zur Verfügung und wurde den Ausschussmitgliedern zur Sitzung zusätzlich in einer Printversion zur Verfügung gestellt.

Anlage 1 260204_mobilitaetsausschuss_top_5_06-13

Zu TOP 6 Einwohnendenfragen

Beratungsinhalt:

Es wird eine Einwohnendenanfrage gestellt. Die fragenstellende Person ist der Verwaltung bekannt, möchte jedoch nicht namentlich im Protokoll genannt werden.

Anmerkung und Frage:

Die Einführung des „hvv hops“ sei für Pendler schwierig. Diese wüssten nachts nicht mehr, wie sie vom Bahnhof nach Hause kommen sollten. Das Anrufsammelmobil (ASM) sei bis 01:45 Uhr in der Nacht gefahren. Das „hvv hop“ fahre bis 00:15 Uhr.

Der Zustand der Busse sei bedenklich und die Anzeigen an und in den Bussen fehlerhaft. Zudem gebe es keine Antwort auf Beschwerdemeldungen, die an die MOIN gerichtet worden seien.

Auf die Fragen des Einwohnenden wird in TOP 7 eingegangen.

Zu TOP 7 Mündlicher Bericht des Landkreises Lüneburg und der MOIN GmbH nach Übernahme des Busverkehrs ab dem 01.01.2026

Beratungsinhalt:

Lucas Friese, stellv. Leitung des Bereichs 35 – Mobilität – fasst die eingegangenen Bürgeranfragen zum Thema ÖPNV zusammen und stellt die Gäste des Landkreises Lüneburg, Herrn Müller, Kreisrat Fachbereich Mobilität und Finanzen, sowie Frau Harlfinger-Düpow, Sachgebietsleitung Mobilität, und ferner die Gäste der MOIN GmbH, Antonia Goldbeck, Pressesprecherin und Timo Kniestädt, Leitung Betrieb, vor.

Herr Müller weist darauf hin, dass es bereits vor der Übernahme des Busverkehrs durch die MOIN ein Notfallfahrplan existent gewesen sei. Als die MOIN am 1. Januar 2026 an den Start gegangen sei, sei nach regulärem Fahrplan gefahren worden und eine neue 20-Minuten-Taktung eingerichtet worden. Es habe viele positive Rückmeldungen von Fahrgästen gegeben. Über Neuerungen, beispielsweise über die Prepaidkarten, solle künftig rechtzeitiger und umfassender informiert werden. Weiter sei es ein Anliegen, die Übersichtlichkeit am ZOB und die Anzeige an den Bussen zu verbessern.

Herr Kniestädt trägt anhand einer Präsentation zur aktuellen Situation rund um die MOIN vor (Folie 16 bis 30).

Als Antwort auf die Anfrage des Einwohnenden hinsichtlich des Zustands der Busse wolle er Datum und Uhrzeit der betreffenden Linien aufnehmen, um den Zustand der gefahrenen Busse überprüfen zu können. Die von der MOIN beauftragten Subunternehmen hätten die Vorgabe eines Standards. Die Busse der Subunternehmen seien vor Start des Betriebs am 1. Januar 2026

durch die MOIN abgenommen worden. Sollte ein Fahrzeug den beschriebenen Zustand des Einwohnenden aufweisen, würde das Fahrzeug aus dem Betrieb genommen werden.

Erster Stadtrat Moßmann bestätigt, dass der Zustand der Busse und die Sichtbarkeit der gefahrenen Linien nach seiner Wahrnehmung in Teilen schlecht sei. Es würden beispielsweise Liniennummern durch schlecht lesbare Pappschilder abgebildet. Es sei mehr als wünschenswert, dass sich dies kurzfristig ändere, wenn man von Standards spreche.

Frau Harlfinger-Düpow trägt anhand einer Präsentation zum „hvv hop Lüneburg“ vor (Folie 31 bis 34). Sie erklärt zur Einwohnendenanfrage, dass Fahrten vor acht Uhr morgens und nach Mitternacht nicht abgedeckt seien. Über eine Ausweitung der Fahrzeiten werde im Mobilitätsausschuss des Landkreises beraten.

Anlage 1 260204_mobilitaetsausschuss_top_7_15-33

**Zu TOP 8 Empfehlung des Maßnahmensteckbriefs S5 „Sichere Schulumfelder“ des Nachhaltigen Urbanen Mobilitätsplans (NUMP)
VO/11872/25-4**

Beschluss:

Der Ausschuss für Mobilität empfiehlt dem Verwaltungsausschuss Lüneburg mehrheitlich, folgenden Beschluss abzulehnen:

Die Verwaltung wird beauftragt, für zunächst 2027 und 2028 jährlich Haushaltsmittel in Höhe von 100.000 Euro für die Erstellung von Schulwegeplänen für Schulen im Lüneburger Stadtgebiet einzuplanen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	5
Enthaltung:	0

Beratungsinhalt:

Herr Hagmaier, Leitung des Bereichs 35 – Mobilität –, gibt einen kurzen Überblick zum Umsetzungsdialog des Nachhaltigen Urbanen Mobilitätsplans (NUMP) und die folgenden vier Vorlagen zu den Maßnahmensteckbriefen des NUMP. Die Maßnahmen seien intensiv im Rahmen des Umsetzungsdialogs mit den Beteiligten diskutiert worden.

Er trägt hierzu anhand der Präsentation vor (Folie 40 bis 42). Für die Hermann-Löns-Schule und die Igelschule sollen Schulwegeplanungen durch den Bereich 5-32 – Schule – realisiert werden, wenn die Verwaltung den politischen Auftrag erhalten habe.

Ratsfrau Schröders-Ehlers kritisiert das Vorgehen der Verwaltung in Bezug auf den NUMP. Es sei zu langsam und unkonkret. Die Umsetzung der Maßnahmen verlief in einem Zeitplan seit dem Jahr 2024 und erste Umsetzungen seien erst für 2028 vorgesehen. Man gewinne den Eindruck, dass die Verwaltung nicht tätig werden wolle. Ohnehin sei es fragwürdig, dass die einzelnen Maßnahmen hier ohne konkrete Planungen besprochen werden würden.

Ratsfrau Kabasci drückt ihr Verständnis für die Verwaltung aus und weist darauf hin, dass die Maßnahmen am heutigen Tage aufgrund des Änderungsantrags im Stadtrat durch die SPD-, FDP- und CDU-Fraktion vorgestellt würden.

Erster Stadtrat Moßmann erklärt, seit der Sitzung des Stadtrates zum NUMP im November 2024 habe es insbesondere im Hinblick auf die Schulwegesicherung einige Neuerungen gegeben. Beispielsweise habe die Hansestadt als Straßenverkehrsbehörde in der Zwischenzeit die Einrichtung von Tempo 30-Streckengebieten vor sensiblen Institutionen angeordnet. Hierbei seien exemplarisch die Grundschulen und Kindertagesstätten geprüft worden. Beispielsweise sei unter anderem vor der Grundschule Hermann Löns, der Igelschule und der Kita Stadtmitte Tempo 30 eingerichtet worden. Es würden überdies noch weitere Anordnungen zu Tempo 30 im Stadtgebiet folgen. Es wäre wünschenswert, eine Beschlusslage zu erreichen, mit der die Verwaltung weiterplanen und agieren könne. Es sei an den Gremien, für die Verwaltung Planungssicherheit für die bevorstehende Wahlperiode zu schaffen.

In Nordrhein-Westfalen gebe es beispielsweise einen Leitfaden zur Schulwegeplanung, in welchem die Schulwege auf einer DIN A4-Seite grafisch dargestellt würden. Diesen könnten die Eltern mit ihren Kindern besprechen. Der Plan zeige Fußgängerüberwege, Lichtsignalanlagen etc. entlang des jeweils empfohlenen Schulweges auf. In dem Leitfaden werde zudem festgehalten, dass unter anderem die Eltern und die Schulleitungen zu beteiligen seien.

Des Weiteren führt Erster Stadtrat Moßmann dass die in der Vorlage genannten 50.000 bis 100.000 Euro, welche dem NUMP entnommen worden seien, womöglich ausreichen, um mehr als zwei Schulen zu beplanen. Auch gebe es eine gewisse Erwartungshaltung der Elternschaft, sodass ggf. weitere investive oder konsumtive Kosten entstehen könnten, die es zu berücksichtigen gelte.

Der Ratsbeschluss an die Verwaltung aus November 2024 habe darin bestanden, die Fachplanung und die Haushaltsplanung miteinander zu verknüpfen. Ziel sei gewesen, dass der Mobilitätsausschuss ein Votum abgeben solle, welches im Anschluss in die Haushaltsplanberatung mit einfließen solle. Hieraus sei das Format des NUMP-Umsetzungsdialogs entstanden. Auf Wunsch der SPD-Fraktion sei der Kreis der Teilnehmenden erweitert worden.

Anmerkung zu Protokoll:

Die Eingeladenen des Umsetzungsdialogs sind der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club (ADFC) Lüneburg, der Verkehrsclub Deutschland (VCD) Regionalverbund Elbe-Heide, der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) Lüneburg, der Behindertenbeirat, der Seniorenbeirat, der Stadteltererrat, FUSS e.V. Lüneburg, die Gleichstellungsbeauftragte der Hansestadt Lüneburg, die Handwerkskammer Braunschweig-Lüneburg-Stade, der Landkreis Lüneburg - Fachdienst Mobilität -, die Lüneburg Marketing GmbH (LMG), das Lüneburg City Management (LCM), die MOIN GmbH, die Polizeiinspektion Lüneburg, der Stadtkitaeltererrat und der Stadtschülerrat).

Ratsfrau Schröders-Ehlers beantragt, dass der Beschluss zur Schulwegesicherung um finanzielle Mittel von 50.000 Euro für das Jahr 2026 ergänzt werde, sodass der Bereich Schule bereits innerhalb dieses Jahres mit den Planungen beginnen könne. Die finanziellen Mittel sollten nachträglich im Haushalt bereitgestellt werden. Der Haushalt 2027/28 werde Ende des Jahres vom neuen Rat beschlossen. Die SPD-Fraktion hätte gerne bis dahin konkrete Maßnahmen, daher würde die SPD-Fraktion den Antrag stellen, sodass prioritär im Verlaufe des Jahres bereits entschieden werden könne, welche konkreten Maßnahmen angemeldet werden könnten.

Ratsherr Blanck drückt sein Unverständnis über den Antrag der SPD-Fraktion aus, 50.000 Euro nachträglich für das Jahr 2026 zur Verfügung zu stellen. Der Doppelhaushalt sei beschlossen worden und die Finanzen seien konkreten Maßnahmen zugeordnet worden. Es stelle sich die Frage, welche anderen konkreten Maßnahmen nicht umgesetzt werden sollten, wenn das Geld für die Schulwegeplanung genutzt werden solle.

Ratsfrau Dr. Dartenne ergänzt, dass der Schulwegeplan ein konkretes Instrument zur partizipativen Beteiligung sei. Das Vorgehen der SPD-Fraktion, kurzfristig 50.000,00 Euro zur Verfügung stellen zu wollen, sei nicht professionell. Es stelle sich daher die Frage an die Verwaltung, welche Veränderungen die von der SPD-Fraktion genannten 50.000 Euro in diesem Jahr bringen könnten? Weiter weise sie als Mitglied des Finanzausschusses darauf hin, dass sich auch der Fi-

Der Ausschuss für Mobilität empfiehlt dem Verwaltungsausschuss mehrheitlich, folgenden Beschluss abzulehnen:

3. Die Verwaltung wird ferner beauftragt, zunächst Mittel für Planungsleistungen von mindestens zwei Knotenpunkten pro Jahr anzumelden. Der entsprechende Mittelbedarf für die jeweiligen Baumaßnahmen soll projektspezifisch erst nach Abschluss der Entwurfsplanung unter Berücksichtigung der entsprechenden Fördermöglichkeiten in die Haushaltsplanungen der Folgejahre aufgenommen werden.

Der Ausschuss für Mobilität empfiehlt dem Verwaltungsausschuss mehrheitlich, folgenden Beschluss zu fassen:

4. Die Verwaltung wird schließlich beauftragt, ab 2027 jährlich 50.000 Euro für die sukzessive Nachrüstung der Blindensignalisierung an allen vorhandenen Lichtsignalanlagen anzumelden.

Abstimmungsergebnis:

Zu 1:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Enthaltung:	2

Zu 2:

Zustimmung:	4
Ablehnung:	5
Enthaltung:	0

Zu 3:

Zustimmung:	4
Ablehnung:	5
Enthaltung:	0

Zu 4:

Zustimmung:	8
Ablehnung:	1
Enthaltung:	0

Beratungsinhalt:

Herr Hagmaier, Leitung des Bereichs 35 – Mobilität –, stellt die Vorlage anhand der Präsentation (Folie 37 bis 39) vor. Die Relevanz der Umsetzung von Knotenpunkten und Querungen ergebe sich auch aus den Ergebnissen der Verkehrsunfallkommission.

Ratsfrau Schröders-Ehlers beantragt, dass über die jeweiligen Unterpunkte der Beschlussvorschläge zu den Tagesordnungspunkten 9, 10 und 11 (Empfehlungen zu den Maßnahmensteckbriefen des NUMP) getrennt abgestimmt werde.

Dieser Antrag wird mehrheitlich mit 4 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen angenommen.

Anmerkung: zu Protokoll:

Ratsherr Goralczyk war während der Abstimmung nicht im Sitzungsraum und hat somit nicht an dieser teilgenommen.

Anlage 1 260204_mobilitaetsausschuss_top_9_37-39

**Zu TOP 10 Empfehlungen des Maßnahmensteckbriefs F1 „Netzkonzeption Fuß“ des Nachhaltigen Urbanen Mobilitätsplans (NUMP)
VO/11872/25-1**

Beschluss:

Es wurde getrennte Abstimmung der Beschlussvorschläge beschlossen. Der Beschlussvorschlag zu 1) wurde zudem geändert. Die Änderungen sind in **Rot dargestellt.**

Der Ausschuss für Mobilität empfiehlt dem Verwaltungsausschuss mehrheitlich, folgenden Beschluss zu fassen:

1) Die Verwaltung wird beauftragt, den Ist-Zustand der ausgewiesenen Hauptrouten aus dem Fußverkehrszielnetz des NUMP zu analysieren und fußverkehrsgerecht neu zu beplanen und mit einem jährlichen Fortschritt von ca. 1km pro Jahr bis 2040 – wenn möglich regelkonform – aufzuwerten. Hierfür sind ~~ab 2027~~ **zur Haushaltsanmeldung 2027** jährlich 250.000 Euro anzumelden und **zur Haushaltsberatung maßnahmenbezogen zu konkretisieren.**

Der Ausschuss für Mobilität empfiehlt dem Verwaltungsausschuss mehrheitlich, folgenden Beschluss abzulehnen:

2) Ab 2027 sind alle 3 Jahre Haushaltsmittel für Nahmobilitätskonzepte zur Feinerschließung von Quartieren anzumelden. Hierfür sind alle drei Jahre 150.000 Euro vorzusehen. Der entsprechende Mittelbedarf zur Realisierung für die jeweiligen Quartiere soll projektspezifisch erst nach Abschluss der Konzepterstellung in die Haushaltsplanungen aufgenommen werden.

Abstimmungsergebnis:

Zu 1:

Zustimmung:	8
Ablehnung:	0
Enthaltung:	1

Zu 2:

Zustimmung:	4
Ablehnung:	5
Enthaltung:	0

Beratungsinhalt:

Herr Hagmaier, Leitung des Bereichs 35 – Mobilität –, stellt die Vorlage anhand der Präsentation (Folie 40 bis 42) vor.

Ratsfrau Schröder-Ehlers beantragt, den Beschlussvorschlag der Verwaltung zu 1) wie folgt zu ergänzen:

*1) Hierfür sind ~~ab 2027~~ **zur Haushaltsanmeldung 2027** jährlich 250.000 Euro anzumelden und **zur Haushaltsberatung maßnahmenbezogen zu konkretisieren.***

Dieser Antrag wird mehrheitlich bei fünf Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme sowie drei Enthaltungen angenommen.

Anlage 1 260204_mobilitaetsausschuss_top_10_40-42

**Zu TOP 11 Empfehlungen des Maßnahmensteckbriefs M1 „Netzkonzeption Kfz“ des Nachhaltigen Urbanen Mobilitätsplans (NUMP)
VO/11872/25-2**

Beschluss:

Es wurde getrennte Abstimmung der Beschlussvorschläge beschlossen.

Der Ausschuss für Mobilität empfiehlt dem Verwaltungsausschuss mehrheitlich, folgenden Beschluss zu fassen:

- 1) Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der neu aufzustellenden gesamtstädtischen Verkehrszählung, -prognose und -entwicklung die Bedarfe aller Verkehrsarten zu berücksichtigen und die Anforderungen der Zugänglichkeit wichtiger Orte, Verkehrssicherheit und Flächengerechtigkeit mit aufzunehmen.

Der Ausschuss für Mobilität empfiehlt dem Verwaltungsausschuss mehrheitlich, folgenden Beschluss abzulehnen:

- 2) Die Verwaltung wird beauftragt, projektspezifisch Mittel für die Planung 1-2 Umgestaltungen entsprechender Straßen pro Jahr anzumelden. Der entsprechende Mittelbedarf für die potentiell daraus erwachsenen jeweiligen Baumaßnahmen soll projektspezifisch erst nach Abschluss der Entwurfsplanung unter Berücksichtigung der entsprechenden Fördermöglichkeiten in die Haushaltsplanungen der Folgejahre aufgenommen werden.

Abstimmungsergebnis:

Zu 1:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	1
Enthaltung:	1

Zu 2:

Zustimmung:	4
Ablehnung:	5
Enthaltung:	0

Beratungsinhalt:

Herr Hagmaier, Leitung des Bereichs 35 – Mobilität –, stellt die Vorlage anhand der Präsentation (Folie 43 bis 45) vor. Er untermauert die Relevanz von aktuellen Daten zur Verkehrsplanung inklusive aller Verkehrsarten. Eine Zeitachse für die Verkehrszählung stehe noch nicht fest, es werde das Baugeschehen in der Stadt aber bei der Zählung berücksichtigt. Die Zahlen in den Einfahrtsstraßen seien beispielsweise auch innerhalb der Bauphasen zuverlässig. Es gehe bei der Verkehrszählung um eine qualifizierte Neubewertung von Straßenräumen. Dies könne mit bisher vorhandenen Geräten beispielsweise in Form von Radzählgeräten nicht abgebildet werden.

Anlage 1 260204_mobilitaetsausschuss_top_11_43-45

**Zu TOP 12 Angepasster Planungsvorschlag: Umbau der Sternkreuzung
VO/11127/24-1**

Beschluss:

Die Vorlage wird vertagt.

Zu TOP 13 Radverkehrsstrategie 2035 - Fortschreibung der Radverkehrsstrategie 2025
BV/12148/25

Beschluss:

Die Vorlage wird vertagt.

Zu TOP 14 Anträge und Anfragen

Zu TOP 14.1 Anfrage "Radverkehrsführung im außerörtlichen Teil der Hauptstraße Häcklingen" (Anfrage des ADFC vom 29.12.2025, eingegangen am 29.12.2025)
AF/12271/26

Beschluss:

Die Informationen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 15 Mündliche Anfragen i.S.v. § 16 III GO des Rates zu wichtigen aktuellen Angelegenheiten

Beratungsinhalt:

Ratsfrau Schröder-Ehlers fragt zum vertagten TOP 13, der Fortschreibung der Radverkehrsstrategie, nach einer Auflistung der bereits umgesetzten Maßnahmen.

Herr Kipke, Leitung des Fachbereichs 3b – Klimaschutz, Nachhaltigkeit, Umwelt und Mobilität –, erklärt, dass der Stand der Radverkehrsstrategie noch einmal tabellarisch zur nächsten Sitzung aufgearbeitet werde.

Ratsherr Goralczyk erklärt, dass die Straße zwischen Gut Willerding bei Wendisch Evern und dem Stadtteil Hagen nicht geräumt worden sei.

Erster Stadtrat Moßmann führt aus, dass er hierzu bereits von einer Ratsfrau angesprochen worden sei. Es sei notwendig, mit der Abwasser, Grün und Lüneburger Service GmbH (AGL) und dem Betrieb Straßenbau und -unterhaltung (SBU) des Landkreises in Kontakt zu treten, um die Zuständigkeit des Winterdienstes auf der Zuwegung zu klären.

Herr Mädge, beratendes Mitglied auf Vorschlag des Seniorenbeirats, fragt, wie die Barrierefreiheit am Bahnhof im Zuge der Umbaumaßnahmen und der Umleitung über den Turm gewährleistet werde. Er fragt, ob das Anrufsammeltaxi diese Wegebeziehung abbilden könne.

Herr Kipke erklärt, dass er hierzu bereits im Austausch mit der Vorsitzenden des Behindertenbeirats, Frau Laudan, sei. Die Verwaltung sei sich über die Einschränkung im Rahmen der Baumaßnahmen bewusst. Die Wegebeziehung sei über die App des „hvv hop“ als Nachfolgesystem des Anrufsammeltaxis nicht abbildbar. Die Wegebeziehung Richtung Bergström und Richtung Dahlenburger Landstraße hingegen sei über das System des „hvv hop“ möglich. Von Seiten der Stadtverwaltung werde ein Gutscheinsystem mit einem Taxiverband geplant. Dies könne über das Projektbudget der Deutschen Bahn abgerechnet werden. Es stehe noch die Zusage von einem Taxiunternehmen aus, welches auch Rollstühle transportieren könne.

Ratsherr Kohlstedt fragt, welche Kosten durch die Website „Routenretter.de“ entstehen würden und ob die Pendler:innen bei Nutzung des Portals versichert seien.

Erster Stadtrat Moßmann führt aus, dass ihm die Kosten für das Pendlerportal nicht bekannt seien. Diese seien vermutlich nicht als Position im Haushalt dargestellt. Es gehe bei dem Portal darum, eine Vernetzungsplattform für Mitfahrgelegenheiten während der Bauphase zwischen Lüneburg und Hannover zu schaffen. Landkreis und Stadt hätten gemeinsam entschieden, dass das Portal eine wichtige Funktion während der Bauphase habe. Die Nutzung einer Mitfahrgelegenheit erfolge auf eigene Gefahr.

Vorsitzende Redenius schließt den öffentlichen Teil der Ausschusssitzung um 19:44 Uhr.

Pia Redenius

Markus Moßmann
Erster Stadtrat